

Nationaler Gedenkort mit europäischer Bedeutung



Bundespräsident Joachim Gauck hat am 6. Mai 2015 die Dokumentationsstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock besucht, hier mit deren Geschäftsführer Oliver Nickel (links) und dem Überlebenden Leo Frankfurt (rechts). Vier Kreistagsfraktionen fordern vom Land die Entwicklung der Dokumentationsstätte zu einem nationalen Gedenkort mit europäischer Bedeutung. Die im vergangenen Herbst auf Landesebene entwickelten Perspektiven dafür dürften nicht verlorengehen. Archivbild: Steinecke

## Stalag 326 soll zum nationalen Gedenkort werden

Von unserem Redaktionsmitglied MARTIN NEITEMEIER

**Kreis Gütersloh (gl).** Die Dokumentationsstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock in ihrer Existenz zu sichern und zu einer nationalen Gedenkstätte mit europäischer Bedeutung auszubauen – diesen Appell haben die Kreistagsfraktionen von CDU, SPD, Freien Wählern und Grünen an den nordrhein-westfälischen Landtag und die Landesregierung gerichtet. Der entsprechende Brief wurde gestern im Kreisausschuss vorgestellt.

Die Politiker forderten Landrat Sven-Georg Adenauer auf, dieses Vorhaben zu fördern. „Meine Unterstützung hat das Projekt“, erklärte Adenauer. Er wolle sich dafür gern in Düsseldorf stark machen. Die Kreisverwaltung selbst werde aber kaum einen Beitrag leisten können, so Adenauer.

Die augenblickliche Situation der hauptsächlich ehrenamtlich getragenen Gedenk- und Dokumentationsstättenarbeit sei von Unsicherheit bezüglich der weiteren Entwicklung gekennzeichnet, erklärte SPD-Sprecherin Liane Fülling für die vier Fraktion. Bundesweit waren das frühere Strafgefängnislager und der sowjetische Ehrenfriedhof am 6. Mai 2015 ins Blickfeld gerückt, als der damalige Bundespräsident Joachim Gauck dort bei einer Gedenkveranstaltung 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs der drei Millionen in deutscher

Kriegsgefangenschaft umgekommenen Sowjetsoldaten gedachte. Allein im Stalag 326 Senne kamen zwischen 1941 und 1945 nach Schätzungen 40 000 bis 65 000 Rotarmisten ums Leben.

Die Fraktionen greifen in ihrem Brief an den neuen Landtagspräsidenten André Kuper – der Rietberger CDU-Politiker setzt sich seit langem für die Gedenkstätte ein – den vom Landtag im Dezember verabschiedeten Antrag „Erinnerungskultur würdigen“ auf. Darin war auch die Gedenkstätte auf dem Gelände der heutigen Polizeischule in Stukenbrock herausgestellt worden. Mit dem Stalag 326, einem der größten Kriegsgefangenenlager des ehemaligen Deutschen Reichs, bestünde die Möglichkeit, das Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Erinnerungsschatten herauszuholen, heißt es in dem Papier. Fülling im Namen der vier Fraktionen: „Die Überreste des Stalag 326 und der sowjetische Ehrenfriedhof bilden in der Bundesrepublik einen einzigartigen Gedenkort, der es verdient, zu einer nationalen Gedenkstätte mit europäischer Bedeutung ausgebaut zu werden.“ Dabei sollte auch die Inanspruchnahme des Geländes als Internierungslager und als Flüchtlingslager (Sozialwerk) berücksichtigt werden. Schließlich seien zwischen 1948 und 1971 mehr als 78 000 der 98 000 nach dem Zweiten Weltkrieg nach NRW gekommenen elternlosen Flüchtlingskinder dort betreut worden.

Land fördert Ausbau der Bevölkerungs-Warnsysteme

## 230 000 Euro für die Kommunen

**Kreis Gütersloh (mn).** Um Konzepte zur schnellen Warnung der Bevölkerung vor außerordentlichen Gefahren oder in besonderen Katastrophenfällen weiter auszubauen und zu optimieren, stellt das Land Nordrhein-Westfalen den Kommunen im Kreis Gütersloh erneut Geld zur Verfügung. Insgesamt fließen in diesem Jahr 230 000 Euro in die Kassen der 13 Städte und Gemeinden.

Zusätzlich bekommt der Kreis 8000 Euro. Das hat Thomas Kuhlbusch, der Dezernent für Gesundheit, Ordnung und Recht, gestern im Kreisausschuss mitgeteilt. Wie das Geld verwendet werden solle, darüber wolle man im Einzelnen mit den Kommunen sprechen, so Kuhlbusch. Dem Dezernenten zufolge will der Kreis selbst seine 8000 Euro für eine zusätzliche Smartphone-Warn-App nutzen.

2014 hatte Düsseldorf schon einmal Fördermittel in ähnlicher Höhe bereitgestellt. Das Geld war von den Kommunen, wie berichtet, unter anderem zur Überarbeitung ihrer Warnkonzepte, zur digitalen Aufrüstung vorhandener und zur Einrichtung neuer Sirenenstandorte sowie zum Kauf von mobilen Anlagen genutzt worden. Ziel: Bürger schnell und unüberhörbar auf Gefahren hinzuweisen.